

aus: Analysematerial des M.f.S.

0001

12x
BSTU

000020

Ergänzend und zusammenfassend ^{zu} unserer Parteiinformation Nr. 44/87 vom 22. 05. 1987 zu Aktivitäten der Stadtmission Erfurt der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen im Zusammenhang mit der geplanten Neugestaltung des nördlichen Teils der Innenstadt kann folgende Information gegeben werden:

Seit dem 11. 05. 1987 führt die sogenannte Arbeitsgruppe Stadt- und Wohnumwelt der Stadtmission Erfurt der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in der Michaeliskirche in Erfurt, Allerheiligenstraße, eine Ausstellung zum Thema:

"Die verkehrsgerechte Stadt oder der stadtgerechte Verkehr"

durch. Auf mehreren Tafeln werden in Wort und Bild die ab 1988 geplante bauliche Veränderung im Bereich des Mainzerhofplatzes, des Domes, der Pergamentergasse und der Michaelisstraße dargestellt und zum Teil in massiver Form kritisiert.

Mittels Gesetzesauszügen (insbesondere des Denkmalpflegegesetzes) sowie Zitaten des Leiters des Büros für Verkehrsplanung beim Rat der Stadt Erfurt, Dr. Saitz, wird der Versuch unternommen, den Nachweis zu erbringen, daß mit den geplanten Baumaßnahmen gegen zentrale Festlegungen und Gesetze der DDR verstoßen wird, das Erfurter Stadtbild zerstört und erhebliche Umweltbelastungen für die alte Bausubstanz (einschließlich des Domes) entstehen würden. Der Nutzen würde nach Auffassung der Initiatoren dieser Ausstellung in keinem Verhältnis zum Aufwand und den entstehenden Nachteilen für die Stadt stehen.

Darüber hinaus wird sowohl durch die Initiatoren sowie die überwiegende Mehrheit der Besucher dieser Ausstellung kritisiert, daß konkret in diesem Falle die Bürger, insbesondere die unmittelbaren Bewohner des betroffenen Gebietes, in Vorbereitung der geplanten Baumaßnahmen nur ungenügend informiert und in die Entscheidungsfindung einbezogen würden. Das stehe im Widerspruch zu den Prinzipien der sozialistischen Demokratie. Den Staatsorganen wird vorgeworfen, daß sie über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden und sogar zentrale Festlegungen, wonach die gesamte Erfurter Innenstadt unter Denkmalschutz stehe, negieren würden.

Am 21. 05. 87 fand von 19.30 Uhr bis 21.15 Uhr das in der Ausstellung vorher angekündigte Ausstellungsgespräch statt. An diesem Gespräch nahmen ca. 150 bis 160 Personen, vorwiegend im Alter von 18 bis 45 Jahren, teil. Von den Amtsträgern der Evangelischen Kirche waren anwesend:

- Propst Falcke und Ehefrau
- Senior Lauszat, Hellmuth
- Pfarrer Hartmann - Leiter der Evangelischen Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt
- Diakon Musigmann - Leiter der sogenannten "Offenen Arbeit" Erfurt

Reproduktion und Veröffentlichung
nur mit Genehmigung des Stadt-
archivs Erfurt zulässig

Sign: 51793 B4-Bd.2

BSU
000021
2

00102

sowie weitere bekannte Vertreter der "Offenen Arbeit" der Evangelischen Kirche Erfurt.

Das Präsidium der Veranstaltung wurde von 4 Mitgliedern der Arbeitsgruppe "Stadt- und Wohnumwelt" gebildet. Der namentlich bisher unbekannt "Leiter" dieser Arbeitsgruppe äußerte eingangs, daß sich Ende 1986 Angehörige kirchlicher Institutionen Erfurts zusammenfanden, um über Fragen der Bau- und Verkehrsplanung der Bezirksstadt zu diskutieren. Daraus wären die genannte Arbeitsgruppe sowie die jetzige Ausstellung entstanden. Die Ausführungen des "Leiters" sowie weiterer Mitglieder dieser Arbeitsgruppe ließen erkennen, daß sich unter ihnen fachlich versierte Personen mit guten Rechtskenntnissen und Kenntnissen auf dem Gebiet der Stadt- und Verkehrsplanung befinden.

Durch den Gesprächsleiter wurde geäußert, daß das Ziel der Ausstellung und des Gespräches

- im Austausch von Meinungen zur Altstadtgestaltung Erfurts an einem Ort, der einen "offenen Meinungsaustausch" zuläßt sowie
- in der Informationsverbreitung der in der Ausstellung dazu getroffenen Aussagen

bestehen würde, um einen breiten Bevölkerungskreis mit diesen Problemen vertraut zu machen.

Der gesamte Gesprächs- und Diskussionsverlauf war darauf ausgerichtet, die staatlichen Vorhaben zum Bau des nördlichen Stadtringes und die damit verbundenen notwendigen Abrißmaßnahmen von Altbausubstanz negativ zu werten und offen zu kritisieren.

Die sich meist wiederholenden Fragen konzentrieren sich auf solche Aussagen, wie

- Warum wurde und wird die Bevölkerung nicht im Sinne der sozialistischen Demokratie in die Verkehrsplanung einbezogen?
- Warum wird offenbar wissentlich gegen das Denkmalschutzgesetz verstoßen?
- Warum muß der alte Stadtkern überhaupt zerstört werden, gibt es keine anderen Lösungen?
- Warum sind die Verantwortlichen des Rates der Stadt trotz Einladung nicht zu diesem Gespräch erschienen und stellen sich in dieser Diskussion den Problemen und Meinungen?

Durch Antworten des Präsidiums wurde auf entsprechende Anfragen darauf orientiert, keine "Massenproteste" zu veranstalten, sondern sich auf Einzeleingaben an staatliche Organe zu beschränken. Weiterhin wurde als möglicher Ausweg dazu aufgefordert, im Andreasviertel leerstehende Häuser zu kaufen, instandzusetzen und wieder zu bewohnen.

Reproduktion und Veröffentlichung
nur mit Genehmigung des Stadtschreibers Erfurt zulässig

0013

BStU
000022...
3

Durch einzelne Diskussionsredner vorgebrachte Meinungen, konsequenter gegen die staatlichen Planungsentscheidungen vorzugehen, fanden durch das ruhige und sachliche Auftreten des Präsidiums keine Befürwortung. Der Leiter des Gespräches schätzte abschließend ein, daß man ein Stück weiter gekommen sei, und daß es noch nicht zu spät sei, da die für den Abriß vorgesehenen Häuser noch stehen würden.

Er kündigte über die Ausstellung hinaus noch weitere Aktivitäten seiner Arbeitsgruppe an, ohne diese Konkret zu benennen.

Insgesamt kam es während des Ausstellungsgesprächs zu keinen staatsfeindlichen Handlungen und Äußerungen.

An der Veranstaltung nahm der Chefredakteur der Zeitschrift "Glaube und Heimat" teil, der beabsichtigt, über das Gespräch einen Artikel für seine Zeitschrift zu verfassen.

Im Vorfeld des Ausstellungsgesprächs wurde durch den Stellv. Oberbürgermeister für Inneres beim Rat der Stadt Erfurt, Gen. Beuthe, mit den Amtsträgern der Evangelischen Kirche

Senior Lauszat, Hellmuth
(Vorsitzender des Kreiskirchenrates Erfurt)

und

Pfarrer Hartmann Martin
(Leiter der Evangelischen Stadtmission Erfurt)

eine Aussprache geführt. Durch den Gen. Beuthe wurde eingeschätzt, daß die Ausstellung in der Michaeliskirche eine Verunglimpfung der Baupolitik der Stadt Erfurt und eine Beleidigung der dafür Verantwortlichen darstellen würde. Er forderte eine Korrektur einzelner Aussagen und die Unterbindung des für den 21. 05. 87 geplanten Ausstellungsgesprächs.

Senior Lauszat äußerte sein Unverständnis über die Reaktion des Staatsapparates sowie der bisher ungenügenden Arbeit mit den Bürgern durch den Staatsapparat, was während der Ausstellung durch zahlreiche Bürger zum Ausdruck gebracht worden sei.

Lauszat bezeichnete die Forderungen des Staatsapparates als "Überreaktion" und kündigte die Niederlegung seines Amtes als Vorsitzender des Kreiskirchenrates Erfurt an.

Streng intern wurde bekannt, daß der Propst der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Falcke, der Ansicht ist, daß mit der Auseinandersetzung um die Ausstellung "nun endlich die Tür zwischen Staat und Kirche zuschlagen könne".

Lauszat beteiligte sich während des Ausstellungsgesprächs am 21. 05. 87 an der Diskussion und legte den ihm gegenüber formulierten Standpunkt des Staatsapparates dar, was zu Protestreaktionen einzelner Teilnehmer dieser Veranstaltung führte.

001 12

5
BSTU

000023

Neben den Aktivitäten des Rates der Stadt Erfurt zur Herbeiführung von Veränderungen inhaltlicher Aussagen der Ausstellung über die verantwortlichen kirchlichen Amtsträger wurde im Zusammenwirken mit dem Rat des Bezirkes Erfurt, Abt. Kultur sowie dem Institut für Denkmalpflege der DDR - Arbeitsstelle Erfurt - eine Stellungnahme zu dieser Ausstellung erarbeitet, in der der Standpunkt des Institutes für Denkmalpflege und Empfehlungen des Rates des Bezirkes Erfurt, Abt. Kultur, formuliert wurden. Die Stellungnahme macht Differenzen in den Auffassungen zur Ausstellung und zu den geplanten Baumaßnahmen in der Erfurter Innenstadt zwischen den Stadt- und Verkehrsplanungsgorganen beim Rat der Stadt Erfurt und dem Institut für Denkmalpflege sichtbar.

In der Stellungnahme wird hervorgehoben, daß weder die Abteilung Kultur beim Rat des Bezirkes Erfurt, noch das Institut für Denkmalpflege in die Planung und Vorbereitung der vorgesehenen Baumaßnahmen einbezogen und das bezüglich der Erfurter Innenstadt bestehende Gesetz und Verordnungen nicht konsequent genug beachtet wurden.

Es wurde empfohlen, die geplanten Maßnahmen nochmals zu überprüfen und nach geeigneten Lösungswegen zu suchen.

Gleichzeitig wurde hervorgehoben, daß es Anliegen der Staatsorgane sein muß, mit den Bürgern zu sprechen, sie aktiv einzubeziehen und ihre Meinungen zu hören, und daß es nicht Ausdruck der sozialistischen Demokratie sein könne, wenn dafür der Kirche das Feld überlassen wird.

Begünstigend durch die Baumaßnahmen in der Innenstadt und die dadurch stärker frequentierte Michaelisstraße findet die gegenwärtig noch laufende Ausstellung relativ regen Zuspruch.

Schneeberg
Oberst